für die Stadt Nassau

AZ: GB 3

17 DS 17/ 0071

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Stadtrat Nassau	öffentlich	17.02.2025

Erhebung von Vorausleistungen auf Ausbaubeiträge für den Ausbau der Verkehrsanlage Westerwaldstraße/Kaltbachtal

Sachverhalt:

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie auf die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen das Vorliegen möglicher Ausschließungsgründe mitzuteilen, hingewiesen.

Im Jahre 2022 wurde mit dem Ausbau der Verkehrsanlage „Westerwaldstraße“ (verlaufend vom Einmündungsbereich Unterer Bongert/Hömberger Straße) bis zum Ende der so bezeichneten Verkehrsanlage im Bereich des Übergangs in die Straße „Kaltbachtal“ begonnen; es handelt sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme mit den Verbandsgemeindewerken (VGW).

Auf der Grundlage des am 10.10.2022 in der Sitzung des Stadtrates gefassten Beschlusses wurden im November 2022 Vorausleistungen auf Ausbaubeiträge für die o.a. Ausbaumaßnahme erhoben. Als Abrechnungsgebiet und damit maßgebliche Verkehrsanlage im Sinne des Beitragsrechts zugrunde gelegt wurde dabei die Verkehrsanlage „Westerwaldstraße“ in der vorstehend genannten Ausdehnung. Man ging aufgrund der vorgesehenen baulichen Gestaltung (insbesondere Anlegung einer niveaugleichen Mischfläche im weitaus überwiegenden Straßenverlauf) davon aus, dass es sich im Verhältnis zu dem im Bereich des Anwesens Westerwaldstr. 23 direkt anschließenden Verlaufs der Straße „Kaltbachtal“ bei der Westerwaldstraße um eine eigenständige Verkehrsanlage handelt.

Gegen die Erhebung der Vorausleistungen waren einige Widersprüche eingegangen, wobei einer der Widerspruchsführer anwaltlich vertreten wurde. Nach Rücknahme der übrigen Widersprüche wurde das noch offene Verfahren der zuständigen Widerspruchsbehörde (Kreisrechtsausschuss bei der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises) zur Entscheidung vorgelegt. Nach Durchführung eines mündlichen Erörterungstermins vor Ort (über den Inhalt des Ortstermins wurde in der Stadtratssitzung am 07.10.2024 unter dem Punkt „Rechtsangelegenheiten“ im nichtöffentlichen Teil informiert) hat der Kreisrechtsausschuss im genannten Widerspruchsverfahren den Vorausleistungsbescheid vom 18.11.2022 durch Widerspruchsbescheid vom 16.12.2024 teilweise aufgehoben; Hintergrund dafür ist, dass nach Inaugenscheinnahme der Straße der Kreisrechtsausschuss zur Einschätzung gelangt ist, dass nach der sog. natürlichen Betrachtungsweise vor Ort die Westerwaldstraße gemeinsam mit der weiterverlaufenden Straße „Kaltbachtal“ bis zum Übergang in den Außenbereich (= nach dem Ende des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Ackerkopf/Kaltbachtal“, in dem die beiden Straßen vor dem Übergang in den Außenbereich als Straßenverkehrsflächen festgesetzt sind) eine **einheitliche Verkehrsanlage** und damit

die maßgebliche Anlage darstellt. Die größtenteils unterschiedliche Gestaltung im Gehwegbereich (in der Westerwaldstraße weitaus überwiegend niveaugleiche Mischfläche, in der Straße „Kaltbachtal“ einseitiger Gehweg mit Hochbordsteinen) war für eine beitragsrechtlich getrennte Behandlung beider Straßen, auch aufgrund des vorliegenden „nahtlosen“ Übergangs beider Straßen im Übrigen, nicht ausreichend.

Folge dieser Widerspruchsentscheidung, an die Stadt Nassau und die Verbandsgemeindeverwaltung gebunden sind, ist nunmehr, dass die beitragsfähigen Aufwendungen nach Abzug des Anteils der Stadt Nassau (Gemeindeanteil) nunmehr auf **alle** beitragspflichtigen Grundstücke der Westerwaldstraße und der sich hieran anschließenden Straße „Kaltbachtal“ zu verteilen sind.

Die Neubestimmung der maßgeblichen Verkehrsanlage hat auch Auswirkungen auf die Höhe des Gemeindeanteils der Stadt Nassau. Maßgebend für die Festlegung des Gemeindeanteils ist das Verhältnis zwischen Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr unter Berücksichtigung von Bedeutung und Funktion einer Verkehrsanlage im Verkehrsnetz einer Gemeinde. Dadurch, dass die Westerwaldstraße und die Straße „Kaltbachtal“ nunmehr eine einheitliche Verkehrsanlage darstellen, stellt der von der Straße „Kaltbachtal“ aus durch die Westerwaldstraße und zurück verlaufende Verkehr jetzt keinen Durchgangsverkehr mehr, sondern (bezogen auf die beitragsrechtlich einheitliche Verkehrsanlage Westerwaldstraße/Kaltbachtal) Anliegerverkehr dar. Durchgangsverkehr bezogen auf diesen Teilbereich (Kaltbachtal) ist jetzt lediglich noch der in den und aus dem Außenbereich führende Verkehr. Wie in der seinerzeitigen Beschlussvorlage 17 DS 16/0396 vom 25.07.2022 ausgeführt, fließt durch die Westerwaldstraße (als Teil der nunmehr einheitlichen Verkehrsanlage) Fahrzeug- und Fußgängerdurchgangsverkehr aus anderen Straßen (insbesondere Oberer Bongert –Teilstück zwischen Kaltbachstraße und Westerwaldstraße-, Teilen der Kaltbachstraße, Verbindungsstraße zwischen Kaltbachstraße und Westerwaldstraße) in und aus Richtung Mühlpforte und Hömberger Straße. Dies ist auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass die früher bestehende Anbindungsmöglichkeit des Bereichs Mühlpforte/Hömberger Straße durch die Straße „Unterer Bongert“ aufgrund der durch Bebauungsplan verfügten Teileinziehung und der Baumaßnahmen im früher als Straße genutzten Teilbereich „Unterer Bongert“ heute nicht mehr möglich ist. Durch die einheitliche Verkehrsanlage „Westerwaldstraße/Kaltbachtal“ fließt ferner Fußgängerdurchgangsverkehr in und aus dem Außenbereich (Wald) in Richtung anderer Straßen und Fahrzeugverkehr z.B. durch Forstfahrzeuge.

Andererseits wird durch die Verkehrsanlage Westerwaldstraße/Kaltbachtal eine große Zahl (mehrere Dutzend) von Anliegergrundstücken erschlossen.

Insgesamt gesehen kann man daher unter Würdigung vorstehender Gesichtspunkte bei der nunmehr einheitlichen Verkehrsanlage Westerwaldstraße/Kaltbachtal von einer Straße mit erhöhten Durchgangs-, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr ausgehen (seinerzeit bei Trennung der beiden Straßen Westerwaldstraße und Kaltbachtal ging man noch –bezogen auf die Westerwaldstraße alleine- von einer Straße mit einem überwiegenden Durchgangsverkehr aus, was sich durch die oben beschriebene Neubestimmung der maßgeblichen Verkehrsanlage geändert hat). Bei Straßen mit einem erhöhten Durchgangs-, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr geht das OVG Rheinland-Pfalz von einem Gemeindeanteil zwischen 35 % und 45 % aus. Es wird vorgeschlagen, den Gemeindeanteil für die nunmehr einheitlich zu behandelnde Verkehrsanlage Westerwaldstraße/Kaltbachtal bei einer Gesamtbetrachtung von Fahrzeug- und Fußgängerdurchgangsverkehr auf 45 % festzulegen.

Der Stadtrat hat durch einen Beschluss den Anteil der Stadt Nassau an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen (sog. Gemeindeanteil) festzulegen. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz wird ein Gemeinderat/Stadtrat als in der Lage angesehen, aufgrund seiner Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen (insbesondere den Grundstücksnutzungen, der flächenmäßigen Ausdehnung einer Verkehrsanlage und der Bedeutung der Straße im

Gefüge des gesamten Straßennetzes) auch ohne eine formelle Erhebung die Verkehrsbedeutung einer Straße im Gemeindegebiet hinreichend zuverlässig einzuschätzen. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz steht den Gemeinden bei der Festlegung des Gemeindeanteils ein Beurteilungsspielraum von +/- 5 % zu, der einen Ausgleich für die tatsächlichen Unsicherheiten bieten soll, der mit der Bewertung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs ohne präzise Datenerhebung verbunden ist. Dieser könnte durch die Festlegung des Gemeindeanteils auf 45 % ausgeschöpft werden.

Ergänzend wird angemerkt, dass nach seinerzeitiger Mitteilung des Vermessungsbüros im September 2024 die komplette Schlussvermessung im Bereich der Westerwaldstraße noch nicht abgewickelt ist, da sich in einem Teilbereich der Straße bei einem Abgleich mit dem Urkataster erhebliche Abweichungen bei den Maßangaben im heutigen Kataster ergeben haben, die auch der vorherigen und aufgrund der Komplexität auch zeitaufwändigen Abstimmung und Klärung zur Auflösung und Bereinigung mit dem Vermessungs- und Katasteramt bedürften. Dieser Teilbereich wurde daher bei der Bearbeitung der Schlussvermessung für die Westerwaldstraße zunächst herausgenommen, um den übrigen Teil der Schlussvermessung nicht zu blockieren. Nach Aussage des Vermessungsbüros könnte die Bearbeitung des betroffenen Teilbereichs dann als Nachtrag zur bisherigen Teilschlussvermessung durchgeführt werden. Es ist daher gegenwärtig noch nicht absehbar, ob in dem betroffenen Teilbereich ggf. noch Straßenparzellen zu erwerben sind. Ein endgültiger Beitragsanspruch (der eine endgültige Abrechnung der Beiträge ermöglicht) entsteht aber erst, wenn auch alle Schlussrechnungen (auch der kompletten Straßenschlussvermessung) vorliegen und der Grunderwerb vollzogen ist. Von daher wird zunächst die Neuberechnung und Neubescheidung auf der Ebene der Vorausleistungen durchgeführt.

Damit die Neuberechnung und Erhebung der Vorausleistungen durch entsprechende Beitragsbescheide erfolgen kann, wäre der nachfolgende Beschluss zu fassen.

Dieser nachfolgende Beschluss ändert den seinerzeit in der Sitzung des Stadtrates am 10.10.2022 auf der Grundlage der seinerzeitigen Beschlussvorlage 17 DS 16/0396 gefassten Beschluss.

Beschlussvorschlag:

1. Die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der von der einheitlichen Verkehrsanlage „Westerwaldstraße“/„Kaltbachtal“ (Parzellen Flur 31, Flurstück 5339/7; Flur 20, Flurstücke 1149/7, 1145/5, 1149/16, 1152/8, 1149/20, 1149/22, 1149/25, 1149/26, 1152/6 teilweise –bis zur Grenze zwischen den Grundstücken Flur 20, Flurstücke 1152/7 und 5569/3; Flur 31, Flurstück 5339/5; Flur 32, Flurstück 5347; Flur 53, Flurstück 5488/2 teilweise) –die Verkehrsanlage verlaufend vom Einmündungsbereich Hömberger Straße/Unterer Bongert“ bis zur Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Ackerkopf/Kaltbachtal“ im Bereich des Grundstücks Flur 53, Flurstück 5471/13- in Nassau erschlossenen Grundstücke werden für den Ausbau der einheitlichen Verkehrsanlage „Westerwaldstraße“/„Kaltbachtal“ zu Vorausleistungen auf Ausbaubeiträge nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) in Verbindung mit der Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) der Stadt Nassau vom 11.03.2003 in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 18.07.2022 herangezogen.

2. Die Erhebung der Vorausleistungen erfolgt in Höhe des sich voraussichtlich ergebenden endgültigen Ausbaubeitrags (d.h. voraussichtlicher beitragsfähiger Aufwand abzüglich des Anteils der Stadt Nassau an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen).

3. Der Anteil der Stadt Nassau an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen gemäß § 10 Abs. 3 KAG wird auf 45 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen festgesetzt. Der Anteil der Beitragspflichtigen (Anliegeranteil) beträgt demnach 55 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister